RÜCKBLICK 2010

Es ist Zeit!

Es ist wieder einmal Zeit zurückzublicken. Dies macht jeder nach seiner eigenen Art und Weise und den persönlichen Schwerpunkten.

Ich möchte versuchen, das nun bald beendete Jahr 2010 zu beleuchten und schaue einfach mal „schnell“ sechs Jahre zurück. Wieso sechs Jahre? Ganz einfach, weil 2004 ein neuer Innenminister seinen Dienst antrat und einen Brief von der GdP bekommen hat.

Darin wurde auf die dringendsten Probleme der Polizei 2004 hingewiesen.

Hier einige Auszüge aus dem ersten Brief der GdP an den damals neuen Innenminister mit Datum 8. 7. 2004:

„Sehr geehrter Herr Innenminister,

... Wie Sie gestern im SWR-Fernsehen gesagt haben, werden wir mit dem vorhandenen Personal unsere Aufgaben bewältigen müssen. Leider werden wir unser vorhandenes Personal aber nicht behalten, obwohl ein Personalzuwachs notwendig wäre. Dies gilt für den Polizeivollzugsdienst – insbesondere aber für den „Nichtvollzugsdienst“ in den Polizeidienststellen in gleichem Maße. Deshalb unsere Bitte an Sie: Stoppen Sie den vorgesehenen Stellenabbau bei der Polizei des Landes! ...

... Die Verwaltungen in kleineren Polizeidirektionen sind heute schon nicht mehr in der Lage, alle zusätzlichen Aufgaben ohne Überlastung einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen. ...

... Wenn Personal abgebaut werden muss, weil die finanziellen Zwänge dies erfordern, dann müssen gleichzeitig auch Aufgaben abgebaut werden. Dies ist aber bei der Polizei nicht erkennbar. Und unsere Computer arbeiten auch nicht „auf Knopfdruck“ oder gar von selbst. ...

... Ganz große Sorge bereitet mir aber der „Crash“, der sich bei den Einstellungszahlen für den Polizeivollzugsdienst abzeichnet. Wer in Kenntnis der Altersstruktur der Polizei jetzt die Einstellungen in den Polizeidienst so „in den Keller fährt“, wie es derzeit den Anschein hat, der wird eines Tages für die Folgen dafür verantwortlich gemacht werden. ...

... Nur durch eine konstante mittel- bis langfristige Einstellungsplanung kann die Qualität der polizeilichen Ausbildung sichergestellt und die Funktionsfähigkeit einer immer älter werdenden Polizei garantiert werden. Die Gewerkschaft der Polizei hat in der Vergangenheit dazu schon konkrete Vorschläge unterbreitet, z. B. durch ein KW-Stellenprogramm jetzt „auf Vorrat“ auszubilden und die Stellen dann wieder abzubauen, wenn die überproportional starken Jahrgänge 1957 bis 1963 in den Ruhestand treten. ... “

Soweit die Auszüge. Wie weit wir heute sind, wissen wir alle. Der Kollaps steht unmittelbar vor der Tür. Jede weitere zusätzliche längerfristige Aufgabe bringt die Dienststellen in unheimliche Nöte. Die Dienststärken sind nur unter erheblichen Kraftanstrengungen und teilweise mit abenteuerlichen Regelungen aufrecht zu halten, die Alltagsbelastung ist enorm und dies alles bei einem immer älter werdenden Personalkörper.

Wir haben zwar erreicht – und mit „wir“ meine ich alle, die ihren Teil dazu erbracht haben –, dass die Effizienzrendite halbiert wurde. Doch eine passgenaue Analyse, welche Aufgaben eigentlich vor Ort erledigt werden müssen und wie viel Personal ich benötige, wurde nicht erstellt. Vielmehr wurde nach dem Prinzip verfahren, wie viel Personal habe ich und wie verteile ich es einigermaßen gerecht auf die Dienststellen. Es wurde – wieder von vielen gemeinsam – erreicht, dass jährlich 800 Neueinstellungen vorgenommen werden, diese Zahl soll sogar auf 850 erhöht werden, weil man die Aussteiger abfangen möchte. Dies ist ein richtiger Schritt, der leider viel zu spät kommt, denn den Kollaps, wie oben belegt, konnte man 2004 schon deutlich erkennen.

Verwaltungsbeamte sind die Verlierer

In einigen Wochen kommen zahlreiche Beförderungen auf die Polizei zu und einige werden solch eine Anzahl in dieser Ballung noch nie erlebt haben. Das freut uns, aber es gibt auch Verlierer.

Das sind die Tarifbeschäftigten und die Verwaltungsbeamten/-innen in der Polizei, denn die gehen leer aus. Im Tarifbereich steht die Einkommensrunde vor der Tür und wir werden sehen, wie weit man unsere Kolleginnen und Kollegen an den Steuermehreinnahmen beteiligen möchte. Ich vermute, dies wird ohne begleitende Maßnahmen durch die Gewerkschaften nicht Erfolg versprechend werden.

Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Die Verwaltungsbeamten/-innen in der Polizei bekommen, wie sonst niemand, deutlich gezeigt, wo ihr Platz ist, denn die Politik ist bisher nicht bereit – entgegen ihrer Verlautbarungen (Pressemitteilung der Landesregierung 103/2010) – hier für Gerechtigkeit zu sorgen.

2010 geprägt durch Dauerbelastung

Das Jahr 2010 war aber auch geprägt durch Dauerbelastungen wie der Überwachung ehemals Sicherungsverwahrter (ÜSV), Castor-Einsätze oder Stuttgart 21, welche deutlich aufgezeigt haben, dass das Ende der Fahnenstange erreicht wurde.

Weitere Einsparungen, egal in welchem Bereich, würden die Innere Sicherheit in Baden-Württemberg erheblich gefährden.

Die Belastung des nun fast abgelaufenen Jahres hat aber nicht irgendjemand getragen, sondern Menschen aus Fleisch und Blut. Sie müssen mit vielen – teilweise belastenden – Eindrücken fertig werden und diese verarbeiten. Die gesundheitlichen Belastungen sind enorm und sollten noch deutlicher in den Fokus unserer Beachtung rücken.

All die offenen Fragen und ungelösten Probleme werden uns ins Jahr 2011 begleiten. Dennoch sollte jede/jeder einige Zeit der Ruhe, des Runterfahrens und der Besinnung für sich finden.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, deren Familien, Freunden und Angehörigen ruhige und erholsame Feiertage.

Rüdiger Seidenspinner
Landesvorsitzender

AUS DER REDAKTION

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP-Digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg **Januar-Ausgabe 2011 ist Mittwoch, der 1. Dezember 2010,** und für die **Februar-Ausgabe 2011 ist es Montag, der 3. Januar 2011**.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Wolfgang Kircher

Thomas Mohr

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:
Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 77) 4 87 17 10
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

SERVICE

GdP-Mitglieder steigen um auf GRÜNEN STROM

Die GdP-Service GmbH BW hat Ende Oktober 2010 eine Großoffensive gegen die Strompreiserhöhungen ins Leben gerufen. Das Motto „Unser Strom wird GRÜN“ hat es zum ersten Mal geschafft, dass die Hotline der GdP-Geschäftsstelle mehrere Tage zusammengebrochen war. Alle wollten mehr von diesem neuen GdP-Strom wissen.

Deutsche Polizei:
Herr Haferbier, Sie sind der Initiator dieser Strompreisoffensive. Was steckt hinter dem Geheimnis „Unser Strom wird GRÜN?“

Roman Haferbier:
Sämtliche Stromanbieter kämpfen seit der Liberalisierung der Strommärkte erbittert um eine hohe Position und eine große Nachfrage der Endverbraucher. Die Anbieter unterbieten sich gegenseitig mit günstigen Tarifen und vorteilhaften Vertragsbedingungen, was letztlich für wenig Transparenz auf dem Strommarkt sorgt. Was zum einen wegen der Wahlfreiheit des Einzelnen ein Vorteil ist, ist für Verbraucher zum anderen wegen der fehlenden Übersicht auf dem Markt ein Nachteil. Denn wer seinen Stromanbieter wechseln will, hat große Schwierigkeiten, aus dem heutigen Tarifwirrwarr schlau zu werden.

Wir bieten mit unserer neuen Kooperation alles aus einer Hand. Die GdP-Mitglieder haben in mir einen zuverlässigen Partner gefunden, der ihnen hilft, aus diesem Tarifwirrwar schlau zu werden.

Deutsche Polizei:
Wie machen Sie das?

Roman Haferbier:
Wir haben einen bundeseinheitlichen Sondertarif, speziell für Mitglieder der GdP und deren Angehörige ausgehandelt, der so derzeit auf dem Markt seinesgleichen sucht. Er orientiert sich also nicht an der Postleitzahl, wie die üblichen Stromtarife, sondern er ist bundesweit gleich.

Wir alle kennen die Horrormeldungen der vergangenen Wochen, wonach davon auszugehen ist, dass die großen Stromkonzerne im kommenden Jahr erneut eine deutliche Strompreiserhöhung planen.

„Bei uns ist der Strom grün!“

Deshalb war es uns wichtig, frühzeitig einen günstigen Tarif zu finden, der im Übrigen ein Jahr Gültigkeit hat.

Deutsche Polizei:
Was sind die Vorteile dieses neuen Tarifes?

Roman Haferbier:
Der grüne GdP-Strom stammt von der Firma „optimalgrün GmbH“ aus Passau. „optimalgrün GmbH“ kauft ausschließlich Ökostrom. Nur mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen setzen Sie ein Zeichen für die umweltfreundliche Energieversorgung der Zukunft. Damit tragen Sie maßgeblich zur Energiewende und zur Umgestaltung unserer Energieversorgung bei. Wichtig waren uns folgende Kriterien, die allesamt bei unserem Spezialtarif berücksichtigt wurden:

- *Keine Mindestvertragslaufzeit*
- *zwölf Monate Preisgarantie*
- *keine Vorauskasse*
- *keine Sonderabschläge*

und, ganz wichtig, ein Preissegment, welches den Tarif einzigartig macht.

Lassen Sie mich ein Beispiel anhand der Postleitzahl Ihrer Redaktion machen.

Bei einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 4000 KWh bezahlen Sie beim

SERVICE

größten Stromanbieter in Ihrer Region jährlich 1086,96 Euro. Hinzu kommt, dass dieser Strom kein reiner Öko-Strom ist, sondern sich aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt.

Mit dem GdP-Strom-Tarif bezahlen Sie künftig nur noch 850,80 Euro im Jahr, eine Ersparnis also von 236,16 Euro im Jahr.

Deutsche Polizei:
Was hat es mit dem Charity-Gedanken auf sich.

Roman Haferbier:
Das ist ganz einfach. „optimalgrün GmbH“ spendet für jedes verbrauchte Kilowatt Ihrer Kolleginnen und Kollegen 0,5 Cent an den Unterstützungsverein der Polizei e.V. und unterstützt dadurch in Not geratene Polizeibeschäftigte.

Deutsche Polizei:
Warum bezahlt „optimalgrün GmbH“ keinen Wechselbonus wie andere Stromanbieter?

Roman Haferbier:
Wir haben auf diese Variante absichtlich verzichtet. Wenn Sie mal bei den großen Verbraucherschutzorganisationen nachfragen, dann werden Sie erfahren, dass diese Wechselboni dort ein großer Dorn im Auge ist, weil sie faktisch gar nicht ausbezahlt werden. Wenn überhaupt, dann meistens nur dann, wenn der Vertrag länger als ein Jahr dauert, und dann bezahlen die Kunden durch eine dazwischen liegende Preiserhöhung ihre „Bonus“ quasi selbst. Wechselt ein Kunde zum Ablauf eines Jahres, dann erhält er seinen zugesagten Bonus gar nicht erst.

Deutsche Polizei:
Einige Energieanbieter vermarkten ihren Strom über Internetplattformen. Was halten Sie davon?

Roman Haferbier:
Dabei werden häufig Tricks angewandt. Und dies zu unserem Bedauern meist sehr erfolgreich. Einer der Tricks ist der zuvor erwähnte Bonus. Oder, die Preisgarantie im Internet ist meist kürzer als die Vertragslaufzeit oder es werden ganz einfach Preise dargestellt, die nicht der Realität entsprechen – z. B. wird auf die Angabe der Stromsteuer verzichtet.

Deutsche Polizei:
Kann ich eigentlich jederzeit bei meinem Stromanbieter kündigen?

Roman Haferbier:
Ja, selbstverständlich. Das ist zwischenzeitlich ganz problemlos möglich. Die Arbeit übernehmen wir. Ihre Mitglieder haben mit der Kündigung nichts zu tun.

Wir kümmern uns auch darum, dass sie evtl. bereits bezahlte Abschläge mit der Abschlussrechnung des alten Versorgers gutgeschrieben werden.

Deutsche Polizei:
Kann man da auch mal kurzfristig ohne Strom dastehen, wenn gewechselt wird?

Roman Haferbier:
Der örtliche Stromversorger ist gesetzlich verpflichtet, Sie mit Strom zu versorgen, falls Sie keinen Anbieter haben. Sie müssen in diesem Fall nur einen neuen Stromanbieter auswählen.

Deutsche Polizei:
Entstehen beim Anbieterwechsel Kosten?

Roman Haferbier:
Nein. Und, um auch gleich einen weiteren Unsicherheitsfaktor auszuräumen: Bei Störungen im Stromnetz bleibt nach wie vor ihr lokaler Stromanbieter für Sie zuständig. Das ist alles gesetzlich geregelt.

SENIORENGRUPPE

Landesseniorenvorstände tagten

H. Werner Fischer (links) und Manfred Bohn

Landesseniorenvorsitzender H. Werner Fischer und sein Stellvertreter Manfred Bohn nahmen kürzlich am traditionellen Süddeutschen Treffen der Landesseniorenvorstände teil. Erstmals nach der Bundesseniorenkonferenz 2010 kamen die Landesseniorenvorsitzenden und ihre Vertreter in Eltville am Rhein zusammen. Gastgeber war diesmal die Bezirksgruppe Bundeskriminalamt (BKA). Seniorenvertreter der Landesbezirke Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen und dem BKA besprachen miteinander u. a. die Ergebnisse der Bundesseniorenkonferenz 2010, die zukünftigen Strategien für mehr Mitsprache der Senioren im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), die Möglichkeiten des GdP-Projekts „Service Wohnen (Betreutes Wohnen)“ innerhalb des Aktiv-Programms-Senioren (APS) und auch die satzungsgemäßen Rechte der Senioren in den einzelnen Landesbezirken.

EINSATZBETREUUNG

GdP sagt Danke!

Eine Woche lang war unser Kollege Dirk Weis (Foto) für den GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg im Wendland bei den Einsatzkräften vor Ort. Wie bereits in den letzten Jahren, haben sich Kolleginnen und Kollegen der JUNGE GRUPPE (GdP) dazu entschlossen, ihren Urlaub im Wendland zu verbringen, um die vielen Einsatzkräfte beim diesjährigen Castor-Transport zu betreuen. Unter dem Motto: „Auf geht’s“, haben die Betreuer alle Kräfte mobilisiert, um für EUCH die bestmögliche Betreuung vor Ort zu gewährleisten.

Wir bedanken uns bei Dirk Weis und seinen Mitstreitern für die 24-Stunden-Betreuung vor Ort recht herzlich.

GdP-LANDESVORSTAND STELLT FEST:

Jegliche Art belastender Anordnungen gegen einen Gewerkschafter sind unzulässig

Artikel 5 Grundgesetz

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Der GdP-Landesvorstand tagte in Eberdingen

GdP im Gespräch

Letzten Monat kam Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann zum GdP-Landesvorstand in die GdP-Landesgeschäftsstelle. Hauptthema war natürlich die Ereignisse rund um Stuttgart 21. Der Landespolizeipräsident stellte in Bezug auf Thomas Mohr Folgendes fest: Äußerungen, die ein Gewerkschafter in den Medien macht, sind durch das Grundgesetz geschützt. Der Landesvorstand der GdP bestätigte auf seiner Sitzung Ende Oktober 2010 die seitens der GdP eingeschlagene Richtung zu Gunsten der Kolleginnen und Kollegen in Sachen Stuttgart 21.

Gewerkschafter beachten die Wohlverhaltenspflicht

Thomas Mohr, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, hat als Gewerkschafter Rechte und Pflichten. Er hat dem kollektiven Anspruch an ihn in mutiger, ehrlicher und redlicher Weise genügt.

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf Hammann

Beamtete Gewerkschafter kennen die Wohlverhaltenspflicht eines Beamten! Sie beachten diese im Rahmen ihres verfassungsgemäßen und gesellschaftspolitischen Auftrages.

Jegliche Art belastender Anordnungen gegen einen Gewerkschafter, die in dessen persönlichen und dienstlichen Bereich Wirkung entfalten, kann und darf es aufgrund des ehrenamtlichen gewerkschaftspolitischen Engagements nicht geben. Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird möglichen Sanktionen entschieden entgegentreten und auch rechtliche Schritte nicht scheuen.

Der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner übergab diesen Entschluss an Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf Hammann.

Es gibt auch schwarze Schafe unter den Journalisten

Ferner appelliert der Landesvorstand an alle Polizeibeschäftigten, sich nicht von Schmuddeljournalismus beeinflussen zu lassen.

Thomas Mohr ist seit vielen Jahren selbst Einsatzbeamter des Einsatzzuges Mannheim, Mitglied im Örtlichen Personalrat des PP Mannheim, Mitglied im Bezirkspersonalrat des RP Karlsruhe und war für den GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg in der Arbeitsgruppe „Einsatzbekleidung“. Gegenüber dem Landespolizeipräsidenten wurde noch mal verdeutlicht, dass das gesamte Interview des Hamburger Abendblattes völlig sinnentstellt publiziert worden sei. Ganze Passagen der angeblichen „wörtlichen Rede“ von Thomas Mohr sind darin frei erfunden.

Die Bewertung der Motive, warum dieser Artikel aus dem Hamburger Abendblatt seit Wochen gezielt durchs Land gesteuert wurde, bleibt jedem selbst überlassen. Thomas Mohr hat unser uneingeschränktes Vertrauen in vielen seiner in den letzten Wochen publizierten Meinungsäußerungen als Gewerkschafter.

Wie gehen wir miteinander um?

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf Hammann zeigt sich u. a. sehr betroffen über die Beiträge im Polizeionline-Forum. Wenn das, was da geschrieben wird, im freien Internet jedermann lesen könnte, würde sich so mancher fragen, wie man da bei der Polizei miteinander umgeht! Er habe das auch noch nie so extrem in seinen vergangenen Funktionen in den verschiedenen Landesbehörden erlebt. Das sei bei der Polizei schon extrem, wie man sich da gegenseitig „zerfleischt“!

Er wolle sich da auch Gedanken machen, ob man eine solche Plattform weiter anbieten soll. Mit der GdP will er künftig weiter im Gespräch bleiben.

RSeid

www.schleiner.de

Drogenmissbrauch

schnell und sicher entdecken

Akkreditiert nach DIN EN ISO/IEC 17025 und
DIN EN ISO 15189 (forensische Blutalkoholbestimmung).

- günstiges und schnelles Drogenscreening
- qualifizierte forensisch-toxikologische Analytik
- kompetente Beratung und Begleitung
- langjährige Erfahrung

MVZ CLOTTEN

Ihr kompetenter Partner für Drogenanalytik

www.mvz-clotten.de

Labor Dr. Englert, Dr. Raif & Kollegen | Bismarckallee 10 | 79098 Freiburg
Tel. 0761/31905-157 | info@mvz-clotten.de

POSITIVE REAKTIONEN ZEICHNEN EIN ANDERES STIMMUNGSBILD

Hunderte von E-Mails erreichten bislang die GdP

Seit Wochen erreichen die GdP zahlreiche E-Mails und Leserbriefe aus dem Kollegenkreis und der Bevölkerung aus ganz Deutschland. Die Verfasser der Leserbriefe sind der Redaktion bekannt. Aus Datenschutzgründen werden sie hier nicht abgedruckt.

Leserbriefe – auszugsweise –

Hallo Thomas,

ich hatte fünf Wochen Urlaub und bin jetzt erst dazu gekommen meinen E-Mail-Postkorb aufzuräumen. Zwischenzeitlich habe ich auch im Forum des Intranet nachgeschaut und die dortigen Kommentare gelesen. Zur Sache kann ich momentan keine abschließende Meinung fassen, da mir „Insiderinformationen" fehlen.

Ich möchte aber auf die persönliche Kritik an Deiner Person etwas sagen. Insbesondere auch deshalb, weil ich weiß, wie sehr Dich dieses „öffentlich an den Pranger stellen" belastet. Würde mir auch so gehen.

Also Du hast von mir 100%ige Unterstützung. Jeder, der Dich kennt, weiß, dass Du für die Polizei und die GdP ein ganz wertvoller Mensch bist, der sich mit Leib und Seele diesem Beruf verschrieben hat und dies so uneingeschränkt lebt. Du hast schon so vielen Kolleginnen und Kollegen geholfen, unabhängig der Gewerkschaftszugehörigkeit, dass dies Anerkennung verdient und man sollte aus diesem Grund auch nicht den Respekt und die Wertschätzung Dir gegenüber verlieren, wenn man berechtigte oder unberechtigte Kritik äußert.

In dieser jetzt schwierigsten Zeit Deines Polizistendaseins spreche ich Dir meine uneingeschränkte Solidarität aus und möchte Dich auch ein bisschen ermuntern, weiter Deinen Weg zu gehen und für uns da zu sein. Lass Dich nicht unterkriegen. Es ist immer leichter, auf einen, der am Boden liegt, einzutreten, aber das zeigt auch den wahren Charakter eines Menschen. Kopf hoch und auch diese schwierige Zeit wird vorübergehen. Oder hast Du einen dieser Kritiker in der Polizeikette gesehen????

Aufmunternde Grüße

Lieber Herr Mohr,

mit großem Interesse habe ich vergangene Woche die Sendung Monitor und ihr Interview im Internet angeschaut. Für Ihre aufrichtigen Worte möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich war selbst an jenem Donnerstag, dem 30. 9., im Stuttgarter Schlossgarten und habe das Ganze miterlebt. Für mich, der als Amtsrichter die dritte Gewalt des Staates repräsentiert, ist ein großes Stück Vertrauen in unsere Politik und unsere staatlichen Institutionen zusammengebrochen. Es ist nicht mehr so wie zuvor. Man kommt sich plötzlich vor wie im falschen Film.

Umso größeren Respekt habe ich vor Personen wie Ihnen, die öffentlich Kritik üben und das ansprechen, was falschgelaufen ist. Mit Wut erfüllt mich, wenn ich aus der Presse vernehme, dass Sie nun Repressalien ausgesetzt sein und als „Nestbeschmutzer" beschimpft werden sollen. Dabei sollte sich der Ärger innerhalb der Polizei doch viel mehr gegen die Politiker richten, die sie zu Wahlkampfzwecken missbraucht hat. Ich befürchte leider auch, dass der Ruf der Polizei aufgrund dieser Ereignisse über Jahre hinweg beschädigt sein wird. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger tut es aber gut zu hören, wenn (Selbst-)kritik geübt wird und die Polizei sich nicht vollständig „einmauert". In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute, weiter viel Standhaftigkeit und Mut! Lassen Sie sich nicht unterkriegen!

Herzliche Grüße

Sehr geehrter Herr Mohr,

für Ihren Mut und Zivilcourage sprechen wir Ihnen unseren aufrichtigen Respekt und Dank aus. Wir waren Augenzeugen und als ersthelfende Ärzte vor Ort. Ihre Sichtweise wird auch von anderen Polizisten – vor allem aus Rheinland-Pfalz – geteilt. Das Ansehen der deutschen Polizei hat enormen Schaden genommen. Sie stehen für den Anstand. Wir können nur erahnen, welchem Druck Sie ausgesetzt sind.

Wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute,

Dr. … und Dr. …

Sehr geehrter Herr Mohr, sehr geehrter Herr Seidenspinner,

hiermit bedanke ich mich bei Ihnen beiden für Ihr verantwortungsbewusstes und couragiertes öffentliches Auftreten zum Polizeieinsatz am 30. 9. 2010. Nicht nur, dass auch Sie durch die, wie ich meine, unqualifizierte Einsatzentscheidung auch Ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt wurde und Sie mit Ihrer ganzen Persönlichkeit herhalten mussten – jetzt wird es auch noch Ihnen überlassen, durch Aufrichtigkeit das Vertrauen der Bürger in seine Staatsorgane wiederherzustellen. Sie können meiner vollen Solidarität gewiss sein!

Danke!

Hallo Thomas,

habe gestern Abend das 3. Programm (SWR) geschaut; deine Stellungnahme im Zusammenhang mit den Einsatzmaßnahmen am 30. 9. 2010 haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch ich war im Rahmen der AH an diesem Tag in Stuttgart. Ich denke, dass Du im Sinne vieler Kollegen gesprochen hast.

Gruß

Hallo Herr Mohr,

durch Ihr Verhalten helfen Sie mit, das Vertrauen in die Polizei wieder herzustellen. Auch wenn das vielleicht mancher anders sieht (vor allem die Vorgesetzten? Manche Kollegen?).

Und auch wenn das den direkt Betroffenen momentan noch sehr schwerfällt …

... Vielen Dank und ich hoffe sehr, dass sich auch in Mannheim (und überall sonst) irgendwann wieder die Vernunft durchsetzt und Schwarz-Weiß durch Bunt ersetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sehr geehrter Herr Mohr,

mit Ihren Aussagen zu der Polizeiaktion am 30. 9. 2010 haben Sie der Demokratie und auch der Polizei hervorragende Dienste geleistet. Wenn die Polizei den bei der Bevölkerung erlittenen, tiefen Vertrauensverlust wieder heilen will, muss sie – und die politisch Verantwortlichen – von der Rechthaberposition abrücken, so wie sie es getan haben. Ich war über acht Stunden Augenzeuge der Vorgänge im Stuttgarter Schlosspark, und kann mir deshalb ein Urteil bilden.

Vor Ihrer beispielhaften Zivilcourage ziehe ich den Hut.

Meine Frau und ich danken Ihnen.

DIENSTRECHTSREFORM

Verwaltungsbeamte in der Polizei bleiben auf der Strecke

Der Landtag von Baden-Württemberg hat die neue Dienstrechtsreform beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden strukturelle Verbesserungen durch die Dienstrechtsreform im Rahmen des Nachtragshaushaltes verwirklicht.

Das begrüßt die GdP ausdrücklich und erkennt die Anstrengungen der Landesregierung an.

Dadurch werden eine Vielzahl von Beförderungsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen für den PVD erreicht. So können im Kapitel 0314 Landespolizei rund 1946 zusätzliche Beförderungen im Januar 2011 ausgesprochen werden.

Die GdP ist allerdings enttäuscht, dass keine einzige Stelle für Verwaltungsbeamte vorgesehen ist. Die GdP ist ebenfalls enttäuscht, dass es nicht gewollt ist, die Polizei als Ganzes zu sehen.

Das Eckpunktepapier des Ministerrats sieht keinerlei Verbesserungen für die Verwaltungsbeamten/-innen vor, denn die Erhöhung der Stellenanteile bei den Regierungspräsidien in A 9, A 12 und A 13 trifft nicht die Polizeikreisebene.

Gleiches gilt für den Bereich der Bereitschaftspolizei (Kap. 0316), dem Landeskriminalamt (Kap. 0318), der Akademie für Polizei (Kap. 0317) und der Hochschule für Polizei.

Martin Peuthert (links) setzt sich für die Belange der Verwaltungsbeamten ein. Hier gemeinsam mit Udo Hampel (mitte), Beisitzer für den Regierungsbezirk Nordbaden, und GdP-Ehrenvorsitzender Josef Schneider.

Die Verwaltungsbeamten/-innen der Polizeidirektionen und Polizeipräsidien sehen durch die Dienstrechtsreform keine Verbesserung.

Die soziale Verantwortung der Landesregierung tritt hierbei auf der Stelle und steht im Widerspruch zur Pressemitteilung Nr. 103/2010

„Unser Ziel ist es, die Attraktivität, die Leistungsgerechtigkeit und die soziale Verantwortung des öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Denn qualifizierte und motivierte Beschäftigte sind das wichtigste Kapital für eine effiziente, leistungsfähige Landesverwaltung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Verbesserungen für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen“.

Um die Motivation gerade im Verwaltungsbereich aufrecht zu halten, fordert die GdP hier eindeutige Verbesserungen.

Als ersten Schritt hierzu fordern wir einen Vergleich zwischen Kommunen, Landratsämtern und Polizeiverwaltung.

Alleine hierdurch würde deutlich werden, welche Benachteiligungen Verwaltungsbeamte/-innen bei der Polizei gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen mit gleicher Ausbildung bei anderen Behörden erleiden.

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:
POLIZEIDIREKTOR
Landeskriminalamt: Rainer Hauser.
POLIZEIOBERKOMMISSAR
Mosbach: Günther Ebert.
Tübingen RP: Helmut Schweizer.
POLIZEIHAUPTMEISTER +Z
Freudenstadt: Hans-Hermann Gaiser.
POLIZEIOBERMEISTER/-IN
Heidelberg: Eva Ritz, Timo Herrenkind. Mosbach: Volker Knapp.

Es traten in den Ruhestand:
Alb-Donau/Ulm: Hans-Jürgen Schulz.
Biberach PD: Anton Hummel.
Bodenseekreis: Michael Tschek.
Freiburg LPD: Jürgen Gierz.
Heilbronn: Helmut Rieth.
Hohenlohekreis: Karl-Heinz Schulz.
Karlsruhe PP: Erich Frittmann.
Konstanz: Willi Hoffmann.
Landeskriminalamt: Karlheinz Schwarz.
Ludwigsburg: Alfred Landwehr.
Main Tauber-Kreis: Werner Mögerle.
Mannheim: Norbert Leidig.
Pforzheim: Sieghart Brecht.
Ravensburg PD: Walter Dannecker.
Schwäbisch Hall: Gerhard Priwitzer.
Tübingen RP: Erwin Kuppel.
Zollernalbkreis: Roland Göppel.

(zusammengestellt v. A. Burckhardt)

– Anzeige -

GdP-SERVICE-GMBH BW

MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT

Das Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaft der Polizei informiert:

Das Jahr 2011 wird das Jahr der Strompreiserhöhungen.
Nicht für GdP-Mitglieder!

Die GdP-Stromvorteile
auf einen Blick:

- monatliche Zahlung
- 12 Monate Preisgarantie
-Keine Mindestvertragslaufzeit
- Keine Sonderabschläge
-Keine Vorauszahlung
-100 % ÖKO-Strom
- 0,5 ct/verbrauchter KWh geht als Spende an den Unterstützungsverein der Polizei e.V.

Durch den Sondertarif für GdP-Mitglieder kannst Du jährlich mehrere Hundert Euro sparen.

Vergleichen lohnt sich!

Hotline: 07042/879-0

Wir übernehmen die Formalitäten beim Wechsel vom alten zum neuen Stromabieter!